

POLITISCHE BILDUNG UND DEMOKRATISCHE BILDUNG – ZIEMLICH BESTE FEINDE?

Manuskript zu einer digitalen Lecture der John-Dewey-Abendschule von Prof. Dr. Anja Besand

Lektorat: Ann-Christin Belling

Herzlich Willkommen zu einer weiteren Ausgabe unserer Abendschule.

Heute geht es um eine spannende Debatte – oder einen spannenden Streit – obwohl wir im Laufe der Lecture noch sehen werden, wie viel Substanz diese Debatte hat oder vielleicht auch nicht hat. Aber egal wie die Sache ausgeht, werfen wir heute den Blick auf die Frage, ob sich eigentlich ein Unterschied machen lässt zwischen politischer Bildung und demokratischer Bildung. Die Auseinandersetzung zu dieser Frage läuft tatsächlich schon eine ganze Weile und die Perspektiven, die in diesem Zusammenhang sichtbar werden, rücken in unterschiedlichen Kontexten und zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund.

Wir haben uns vorgenommen in diesem Stück diese Debatte zum einen ein bisschen nachzuzeichnen und zum anderen aber auch einen Vorschlag zu machen, wie sich die Begriffe politische Bildung und demokratische Bildung – oder vielleicht sogar demokratische Arbeit – zueinander positionieren lassen, ohne sich in unnötige Scheindebatten zu verwickeln.

Wer spricht?

Mein Name ist Anja Besand, ich bin die Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie und ich werde Sie – wie so oft – durch diese Ausgabe der Abendschule begleiten.

Wir haben uns zu diesem Thema aber dazu einen weiteren Experten herangezogen, das heißt ich bestreite diese Lecture nicht alleine. Dieser Experte ist Marc Partetzke.

Marc, willst du dich nicht vielleicht selbst vorstellen?

(TEIL MARC)

Ein Dauerbrenner – das stimmt wirklich – wenn ich dir hier mal ins Wort fallen darf. Ich erinnere mich noch gut an die späten 1990er und die frühen 2000er Jahre, als die Debatte zumindest in meinem Aufmerksamkeitsbereich das erste Mal hochgekocht ist. Da ging es um Demokratiepädagogik gegen politische Bildung. Das war die Zeit des BLK Programms „*Demokratie lernen und leben*“. Ich weiß gar nicht, ob sich heute noch alle vorstellen können, wie heftig das damals war. Vielleicht schauen wir uns das als erste Station der Debatte einmal genauer an. Wichtig ist da vielleicht noch sich klar zu machen, dass die Begriffe *politische Bildung* und *demokratische Bildung* für ziemlich unterschiedliche Dinge standen. *Politische Bildung*, das war fast so etwas wie ein Synonym für das Fach Gemeinschaftskunde/

Sozialkunde/ Politik. In der Schule heißt das ja leider in jedem Bundesland ein bisschen anders *und demokratische Bildung*, das war das Umfassende, das Gute und das Erlebnisorientierte. Aber du bist der Experte, Marc, vielleicht kannst du das am besten erklären.

(TEIL MARC)

Ich würde da vielleicht noch eine Kleinigkeit ergänzen. Wir reden jetzt ja über eine ziemlich schulbezogene Debatte – und so war es ja eben auch am Anfang. Der Streit über die Frage: „Was ist besser: Politische Bildung oder Demokratiepädagogik?“ hat sich vor allem daran fest gemacht, dass politische Bildung in der Schule oft ziemlich verkopft daherkommt und dass es (auch in der Schule) mehr Gelegenheiten geben muss, Demokratie zu erfahren als „nur“ – ich sage das ganz bewusst zugespitzt – etwas über Politik und Demokratie zu lernen. Wer wollte da eigentlich auch widersprechen, das ist ja auch wirklich so. Das Problem ist, wenn man da dann aber genauer hinschaut, nicht nur das Analogieproblem. Also das, was wir an Beteiligung und Aushandlungsprozessen im Nahraum und möglicherweise konkret in der Schule erleben, ist nicht das gleiche, was wir in demokratischen Prozessen auf der gesellschaftlichen Bühne erleben und auch der fehlende Spillover-Effekt, also selbst wenn ich demokratische Beteiligung im Kleinen erlebe, überträgt sich das nicht einfach auf mein gesellschaftliches Handeln, sondern noch etwas anderes.

Wir haben das auch in dem Stück „*Politische Bildung unter Druck*“ schon einmal angesprochen. Dann schauen wir uns doch einmal genauer an, was mit demokratischer Beteiligung in der Institution Schule gemeint ist oder üblich ist. Was haben wir denn da vor Augen? Im Prinzip geht es da um die schulgesetzlich verankerten Beteiligungsrechte von Schülerinnen und Schülern. Es geht um die Wahl von Klassensprecher:innen und Schülersprecher:innen und die Möglichkeiten, die diese gewählten Vertreter:innen in der Gestaltung des schulischen Lebens haben. Wie weit reicht das denn? Im Kern reden wir über Beschwerderechte und Anhörungsrechte – ein Blick in die entsprechenden Passagen der unterschiedlichen Schulgesetze macht das, wie ich finde, sehr gut sichtbar – das ist ja keine umfassende Beteiligung. Die Schule ist und bleibt kein demokratischer Ort, sondern ist ein von vielfältigen Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnissen geprägter Ort.

Über was dürfen Schüler:innen denn üblicherweise mitbestimmen? Über die Gestaltung des Schulhofes oder die Frage, welche Band beim Schulfest spielt. Auf die Auswahl der Lehrpersonen, den Unterrichtsstoff, den Tagesablauf und eigentlich alle wichtigen Dinge in der Schule dürfen die Schüler:innen (im Regelfall) nicht mitentscheiden. Ich weiß, es gibt auch Schulen mit sehr ambitionierten Modellen – aber was ist denn der Regelfall. Kein Wunder also, dass Schülerinnen und Schüler die Partizipationsmöglichkeiten in der Schule oft als Scheinbeteiligung erleben.

Dazu gibt es eine schöne Studie von Bohnsack und Helsper aus dem Jahr 2013. Sichtbar wird hier, dass Schulen nicht selten zu einem eher instrumentellen Verständnis von

Schüler:innenbeteiligung neigen. Aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler betrachtet, entsteht deshalb nicht selten ein ziemlich erbärmliches Bild von schulischen demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Helsper unterscheidet in diesem Sinn fünf dominante Wahrnehmungsmuster. Schülerinnen und Schüler erleben die eingeführten Formen der Schüler:innenmitverwaltung nicht selten als:

A	B	C	D	E
verordnete Autonomie	simulierte Partizipation	disziplinierende Beteiligung	instrumentelle Beteiligung	kontrollförmig; Autonomie
bei der Schüler_innen gegen ihre eigenen Interessen zum Mitmachen von Partizipationsan- geboten gezwun-gen werden	welche Beteiligung verspricht, aber real nicht verwirk- licht	die Selbstgestaltung nur zulässt, sofern sie konform zu den Erwartungen der Schule abläuft	die nur der Imagebildung der Schule dient	bei der Schüler_innen als Kontrolleur bzw. Gegenkräfte gegen missliebige Mitschüler_inn fungieren solle

(Abbildung auf der Grundlage von Helsper u.a. 2001, S. 575)

**Kommentiert [MOU1]: ALTES UND NICHT KORREKTES BILD
– MUSS GEÄNDERT WERDEN!**

Wenn diese Erfahrungen für die Schülerinnen und Schüler von Lehrkräften offensiv als „demokratisch“ deklariert werden, besteht die Gefahr, dass Demokratie als Ganzes als simulativer Prozess verstanden wird. Das heißt aber auch, wenn wir demokratische Bildung in demokratischen Settings zu vermitteln versuchen, um performative Widersprüche zwischen Bildungsinhalten und Bildungsprozessen zu vermeiden, ist die Gefahr von gefährlichen und kontraproduktiven Nebenwirkungen noch nicht gebannt. Schülerinnen und Schüler haben feine Antennen für echte oder simulative Beteiligungsformen. Wenn demokratische Beteiligung nur simuliert wird – gleichzeitig aber als reale demokratische Beteiligungsform bezeichnet wird – besteht die ernsthafte Gefahr, dass Lernende den Eindruck erhalten, dass mit der Demokratie nur in einem sehr oberflächlichen Sinn Beteiligungschancen verbunden sind. Mit einer Demokratie dieser Bauart wollen die Schüler:innen dann möglicherweise langfristig eher nichts zu tun haben oder aber setzen keine besonders große Hoffnungen in sie.

(...)

So, wir fassen nochmal zusammen: die Diskussion um eine vermeintliche deutliche Unterscheidbarkeit der Begriffe *politische Bildung* und *demokratische Bildung* macht sich stark an der Institution Schule fest. Die Debatte wurde in den späten 1990er und 2000er Jahren geführt – und war zunächst *kritisch* darauf gerichtet, dass es nicht reicht Menschen politisches Wissen einzutrichern, sondern dass sie in ihrer Entwicklungsphase auch lebendige

Erfahrungen mit Demokratie machen müssen. Das allerdings ist in einer von Hierarchien und Machtverhältnissen geprägten Institution wie der Schule gar nicht so einfach.

Wenn man die Debatte verfolgt wird überdies sichtbar, dass die politische Bildung ihre Aufgabe auch gar nicht allein darin versteht Wissen über Politik bereitzustellen oder zu vermitteln, sondern dass auch die politische Bildung sich normativ auf Demokratie bezieht und diese umfassend und mehrperspektivisch vermitteln möchte.

Löst sich damit die ganze Debatte in Luft auf? Einerseits schon – aber warum taucht diese Debatte in rhythmischen Abständen immer wieder auf und das auch nicht allein in der Schule, sondern auch in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung?

Der 16. Kinder- und Jugendbericht – den wir an dieser Stelle ausdrücklich zur Lektüre empfehlen möchten – hat beispielsweise ganz explizit das Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kinder- und Jugendalter“ in den Mittelpunkt gestellt.

Er ist der erste Bericht dieser Reihe, der sich auf dieses Thema konzentriert und man kann sich schon fragen, warum das so ist. Eine wirkliche Antwort auf diese Frage hat wahrscheinlich nur die damals beauftragende Familienministerin – es ist aber recht offensichtlich, dass der Berichtsauftrag aus einer Krisenempfindung heraus formuliert worden ist. Denn Demokratie hat gerade keinen Rückenwind. Vielmehr gerät sie durch vielfältige Entwicklungen unter Druck. Zu denken ist in diesem Zusammenhang nicht nur an die Herausforderung des Klimawandels, welcher als globales Problem die oft schwerfälligen Handlungsabläufe demokratischer Prozesse herausfordert und gleichzeitig massive Fluchtmigrationsprozesse fördert. Sondern auch an den zunehmenden Rechtsextremismus, Antisemitismus – oder allgemeiner – Rassismus, der die liberalen Demokratien auf die Probe stellt. Zu sprechen wäre überdies über den Zerfall der Öffentlichkeit, Fake News, alternative Fakten und Verschwörungserzählungen. Man könnte diese Aufzählung noch eine ganze Weile fortsetzen. All das macht demokratische und politische Bildung wichtiger als sie jemals war. Es führt aber auch dazu, dass der Bildungsbereich selbst zum Teil der Debatte wird.

Wenn wir politische Bildung als so etwas wie ein Reparaturtool für herausfordernde demokratische Lebenslagen verstehen, müssen wir uns nicht wundern, dass die, denen politische Bildung angeboten wird, argwöhnisch werden und Fragen stellen.

Wir alle kennen diese Fragen: Wer macht eigentlich politische Bildung und mit welcher Absicht? Wie neutral muss politische Bildung sein? Muss sie überhaupt neutral sein und wann ist politische Bildung gut und gelungen? Der Streit um diese und ähnliche Fragen ist längst entbrannt und er wird mit scharfem Schwert geführt. Wie viel Toleranz ist gegenüber menschenfeindlichen Positionen nötig? Wie weit reicht das Kontroversitätsgebot? Es ist nicht unanstrengend, sich diesen Fragen immer wieder neu zu stellen. Manch einer oder eine meint vielleicht der Debatte ausweichen zu können, indem nicht über politische, sondern über demokratische Bildung geredet wird. Demokratische Bildung, das ist doch die gute Bildung, die richtige, die unverwechselbare. Politische Bildung kann vielleicht wirklich jede:r machen, egal aus welcher Haltung oder auch ohne Haltung.

Sie hören hoffentlich die Anführungszeichen und Fragezeichen und auch das Quäntchen Ironie, mit dem ich das hier sage. Denn demokratische Bildung ist kein Stück besser oder schlechter auf diese Fragen vorbereitet als politische Bildung in der Demokratie. Über die Frage, wie politische Bildung auf menschenfeindliche, rassistische und revisionistische Herausforderungen reagieren kann und sollte, haben wir ein eigenes Abendschulstück gemacht. Es heißt „*Politische Bildung unter Druck*“ und ist bereits online zugänglich.

In diesem Stück und an dieser Stelle geht es jetzt aber um etwas anderes – es geht darum sich klar zu machen, dass es nicht reicht anstelle von politischer jetzt einfach von demokratischer Bildung zu sprechen. Denn auch mit dieser Akzentverschiebung sind die Herausforderungen nicht bewältigt. Auch und gerade demokratische Bildung muss sich die Frage stellen, wie sie mit Positionen umgeht, die durch Wahlen legitimiert in Parlamenten vertreten werden und die wir doch als antidemokratisch bezeichnen würden.

In der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie nutzen wir deshalb die Begriffe *politische Bildung* und *demokratische Bildung* tatsächlich synonym.

Uns ist wichtig politische **und** demokratische Bildung als dauernde Aufgabe zu verstehen, die nicht nur in Krisenzeiten Konjunktur haben sollte. Denn Demokratien entwickeln sich und sind daher, wie unser Namensgeber *John Dewey* und andere deutlich formuliert haben: „*die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.*“ Und das Lernen, das hier notwendig ist, ist im Kern ein politisches Lernen, denn demokratische Bürger:innen sind, wie Oskar Negt gesagt hat, „*politische Menschen*“. Die Konflikthaftigkeit demokratischer Politik sowie die Offenheit und Gestaltbarkeit politischer Prozesse und Entscheidungen finden ihre Entsprechungen in Konzepten politischer Bildung, die auf Mündigkeit, das heißt politische Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind. Menschen werden im Rahmen politischer Bildung deshalb als politisch mündige Subjekte (und nicht nur als betroffene Objekte staatlicher Administration) angesprochen, die ihre soziale Positionierung und ihre gesellschaftlichen Interessenlagen verstehen und Politik mitgestalten können. Und politische Bildung versteht sich dabei (immer schon) nicht allein als Stoff, der vermittelt werden kann, sondern als Querschnittsaufgabe jeglicher Bildungsinstitutionen. Politische Bildung ist mehr als ein Fach oder spezifischer Lernbereich und möglicherweise ist das der Kern der Debatte. Wie eng oder weit, wie formal oder informell kann/ muss/ soll politische Bildung sein? Können wir Politik oder Demokratie lernen oder müssen wir sie erfahren oder sogar leben?

Wenn es darum geht, gibt es dafür aber möglicherweise bessere Beschreibungen und das lohnt sich hier vielleicht ganz kurz anzuschauen.

In der nationalen wie internationalen – vor allem europäischen – Fachdiskussion um Bildungsprozesse werden zur Unterscheidung dieser Dimensionen die Begriffe *formale, non-formale und informelle Bildung* genutzt.

- Als **formale** (politische) Lern- und Bildungsangebote sind in diesem Sinne hochgradig bis weitgehend formalisierte, im Sinne formal strukturierter, rhythmisierter und didaktisierter Settings zu bezeichnen, die von entsprechend ausgebildeten Fachkräften

arrangiert und realisiert werden. Typischerweise sind das Lehrkräfte. Auf die außerschulische politische Bildung bezogen können das aber auch Volkshochschulkurse, Workshops oder Weiterbildungen sein, die auf ein bestimmtes Curriculum verweisen können und mit Zertifikaten abgeschlossen werden. Häufig sind formale Bildungsangebote mit bestimmten Zugangsvoraussetzungen sowie Lern- und Leistungszielkontrollen, zum Beispiel in Form von Prüfungen, und dem Erwerb von anerkannten Qualifikationen verbunden.

- Als **non-formale** (politische) Lern- und Bildungsarrangements würde man jene Settings beschreiben, die zwar auf die Entwicklung politischer, sozialer oder demokratischer politischer Urteils- und Handlungsfähigkeiten abzielen, deren Vermittlungs- und Aneignungsprozesse jedoch wenig bis gar nicht formalisiert sind. Auch diese Settings sind üblicherweise von Fachkräften und über entsprechende pädagogische Konzepte verantwortet; die Lern- und Bildungsprozesse werden jedoch bewusst nicht unmittelbar gelenkt und kontrolliert. Klassische Beispiele hierfür wären ein offenes Jugendzentrum, eine Ferienfreizeit oder eine Gruppenstunde – wobei berücksichtigt werden muss, dass das letzte Beispiel sich schnell auch zu einem sehr formalisierten Angebot mutieren kann.
- **Informelle** politische oder demokratische Lern- und Bildungssettings wären dann solche, die von den Lernenden selbst organisiert anlass- und situationsbezogen zustande kommen. Charakteristisch ist, dass dabei auch durchaus nachhaltige Lern- und Bildungsarrangements und -erfahrungen entstehen, diese jedoch von niemand anders als den Subjekten selbst intendiert, realisiert und verantwortet werden und üblicherweise in keiner Weise formalisiert oder gar didaktisiert sind.

Mit dem Blick auf Prozesse politischer Bildung bedeutet dies, dass sich Bildungsprozesse in diesem Kontext häufig weniger an institutionellen oder pädagogischen Strukturen orientieren, sondern quer zu diesen verlaufen. Sichtbar wird gleichzeitig aber auch, dass die Abgrenzung politischer, sozialer oder demokratischer Bildung nicht immer trennscharf auszumachen ist. Negt spricht deshalb von politischer Bildung als Demokratiebildung. Dies kann unabhängig vom ausgewählten Bildungskontext immer neben formalen, auch non-formale und informelle Strukturen haben.

So, das war heute wieder ein langes Stück. Aber ich bin auf dieser Sache ein bisschen rumgeritten, weil die Unterscheidung von politischer und demokratischer Bildung einerseits so verbreitet und gleichzeitig oft so unbestimmt ist. Und das passiert nicht nur in den Kontexten, in denen politische Bildung gemacht wird, sondern auch in politischen Kontexten, in denen über politische Bildung entschieden wird. Demokratische Bildung wird hier oft als eine Bildung verstanden, die über formale Bildungsangebote hinausweist und sich normativ vermeintlich direkter oder unmittelbarer an den in der Verfassung verankerten demokratischen Werten orientiert, während politische Bildung vermeintlich eher gegenstandsbezogen auf die Vermittlung von politischem Wissen gerichtet wäre, institutionell und pädagogisch klarer konturiert und vermeintlich neutraler erscheinen könnte. Das ist bei genauerer Betrachtung der Zusammenhänge allerdings nicht der Fall – man könnte auch sagen, es ist falsch.

Vielen Dank fürs Zuhören und Mitdenken.